

Die Regierung

Entlastung Innerhalb von nur drei

Der Regierungsrat zieht die Notbremse: Um die Haushaltsdefizite nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, will die Exekutive dem Kanton ein rigides Entlastungsprogramm verordnen. Gesamtumfang: 787 Millionen Franken.

BALZ BRUDER

Nein, es kommt nicht jeden Tag vor, dass der Regierungsrat in corpore auftritt. Gestern Morgen war es wieder einmal so weit: Die Exekutive trat vor Medien, Partei- und Verbandsvertreter, um die «Entlastungsmassnahmen 2005» zu präsentieren. Jenes Sanierungspaket also, das die Regierung vor Monatsfrist bereits den Spitzen der vier grossen Parteien präsentiert hat – und für dieses Vorgehen nicht nur Applaus geerntet hat. Nun, Landammann Peter C. Beyeler ging bei der Präsentation der statt 720 jetzt sogar 787 Millionen Franken schweren Entlastungsmassnahmen mit keinem Wort auf die von links bis rechts kritisierte Informationspolitik ein. Vielmehr gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass im Kanton eine sachliche Diskussion über die einschneidenden Massnahmen geführt werden könne, welche die Regierung in den kommenden drei Jahren in die Budgets einzuarbeiten gedenkt. Auf diese Weise soll erreicht

Hoffnung auf eine sachliche Diskussion über einschneidende Massnahmen

werden, dass sich die Defizite 2004 auf rund 30, 2005 auf rund 20 Millionen Franken reduzieren lassen. Schon 2006 soll mit einem Plus von 27 Millionen Franken der Challenge von der roten zur schwarzen Null gelingen.

Dass etwas passieren muss – diese Einsicht drängt allein schon die Aussicht auf die sich abzeichnenden Haushaltsdefizite auf. Verordnet sich der Aargau nicht die von der Regierung vorgeschlagene Rosskur, sind zwischen 2004 und 2006 jährliche Defizite zwischen 240 und 290 Millionen Franken zu verzeichnen. Konkret: Ohne Entlastungsmassnahmen türmten sich in den kommenden drei Jahren neue Defizite in der Höhe von über 800 Millionen Franken auf. Eine Perspektive, die für die Regierung keine sein kann – schon gar nicht mit Blick auf den im ursprünglichen Finanzplan für 2005 terminierten Haushaltsausgleich. Kommt hinzu, dass der Regierungsrat an der Bewältigung

der milliardenschweren Altlasten – Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken und Systemwechsel bei der Lehrpersonalvorsorge – keine Abstriche vornehmen will. Just in der Kumulation von aktuellen Negativeinflüssen und Altlasten-Sanierung liegt aber die eigentliche finanzpolitische Herausforderung für den Kanton.

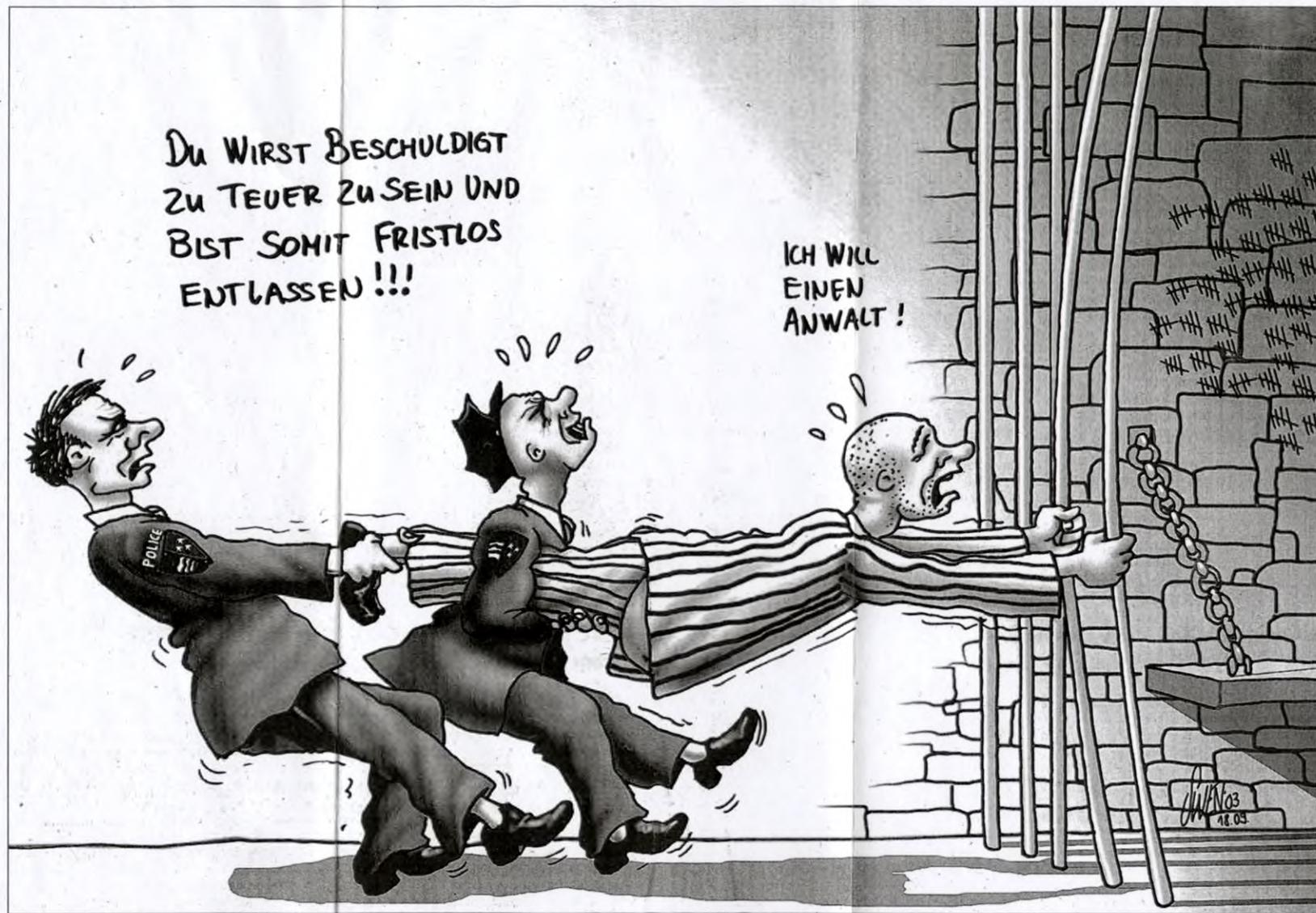
Die Gründe für die innert Jahresfrist massiv verschlechterten Aussichten sind rasch aufgezählt: Das Zusammenfallen von demografischen Entwicklungen (AHV/IV, Gesundheit, Bildung), Kostenüberwälzungen durch den Bund (Entlastungsprogramm), politischen und wirtschaftlichen Einflüssen (Umleitung von Nationalbank-Ausschüttungen, verweigte Erhöhung der Gemeindebeteiligung am Regionalverkehr, Steuerausfälle durch Konjunkturunbruch und Systemwechsel zur Gegenwartsbesteuerung) hat zu einer dramatischen Neubeurteilung der Aussichten für den Staatshaushalt geführt. Und dies, obwohl der Aargau im interkantonalen Vergleich so schlecht nicht dasteht, wie Finanzdirektor Roland Brogli wiederholt darlegte: Sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig weist der Kanton unterdurchschnittliche Werte auf, die Nettoverschuldung liegt unter dem schweizerischen Mittel, Staats- und Steuerquote sind stabil.

Den Aargau plagen andere Sorgen: Mühe macht dem Kanton die Ausgabenentwicklung in Relation zum Volkseinkommen. Das heisst: Die Aufwendungen des Kantons sind seit Beginn der 90er-Jahre schneller gewachsen als das Volkseinkommen. Entscheidender Punkt dabei: Bei den Gemeinden ist es genau umgekehrt. Mit der Folge, dass das Ausgabenwachstum beim Staat massiv über demjenigen der Kommunen liegt. Und zwar weil der Kanton zusätzlich das Pech hat, dass er just in den kostendynamischen Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung stark engagiert ist. Eine zwar nicht ganz neue Erkenntnis, aber eine, die beim Versuch, den Staatshaushalt ins Lot zu bringen, eine wichtige Rolle spielt.

Über die departemental zum Teil durchaus verschmerzbar, zum Teil aber ziemlich einschneidenden Massnahmen hinaus fällt denn auch auf, dass der Kanton grundsätzlich in die Mechanik des Finanzhaushaltes eingreift. Erstens will er die Finanzströme zwischen Staat und Gemeinden – ausserhalb der laufenden Aufgabenteilung – ausgleichen. Im Klartext bedeutet dies: Die Gemeinden sollen künftig Belastungen übernehmen, die bisher der Kanton getragen hat. Dabei stehen die Volksschullehrerlöhne ebenso zur Diskussion wie die Prämienverbilligungen an die Gemeinden oder die Übernahme eines Kostenanteils der Gemeinden für

geht bewusst an die Schmerzgrenze

Jahren will der Kanton den Finanzhaushalt um 787 Millionen Franken verbessern



Das wird zu reden geben Eine der Sparmassnahmen sieht vor, Straftäter künftig konsequent nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafzeit zu entlassen – auch ohne positive Prognose.

SILVAN WEGMANN

die Zentrumsleistungen der Kantons-spitäler. Zweitens soll das aargauische Abschreibungsmodell (mit Direktabschreibung der Investitionen) abgelöst werden. Dies bringt zwar keine nachhaltige, aber immerhin eine kurzfristige Entlastung. Drittens soll die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorgezogen werden. Das Stichwort hier lautet eindeutig Leistungsabbau, wobei selbst massive Eingriffe wie die Schliessung von Bezirks- und Mittelschulen ein Thema ist. Und viertens schliesslich soll das Staatspersonal einen weiteren

Beitrag zur Haushaltsanierung leisten, indem das Wachstum der Lohnsumme über den Zeitraum von drei Jahren weitgehend gekappt und die Stellenzahl plafoniert wird. Abstrakt und fern von den Lebensrealitäten der Aargauerinnen und Aargauer werden die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen nicht bleiben. Wird der mit der Haushaltsanierung verbundene Strukturwandel die Bürgerinnen und Bürger mit einer gewissen Wirkungsverzögerung erreichen – Gemeindekooperationen und

-fusionen als Folge des Finanzdruckes –, greifen verschiedene Massnahmen direkt in den Alltag hinein. Die Palette reicht von der (fast) flächendeckenden Erhöhung der Klassengrößen über die vorgeschlagene Umwandlung des Bezirksspitals Brugg in ein Pflegeheim bis zum Verzicht auf Zugbegleiter nach 21 Uhr. Gleichsam exemplarisch für die Härte der Massnahmen, die der Regierungsrat – auch im politischen Reizthema öffentliche Sicherheit – vorsieht: Straftäter sollen künftig konsequent nach Verbüßung von zwei Dritteln der

Strafe entlassen werden – auch ohne positive Prognose.

Kein Wunder, sprach Landammann Beyeler von einem «schwierigen Weg».

Ein schwieriger Weg, der gemeinsam zu beschreiten sein wird

Aber von einem, der von Exekutive und Legislative gemeinsam beschritten werden müsse, wenn der Kanton die Haus-

haltsanierung schaffen wolle. Schönreden mochte der Landammann die 136 Massnahmen, die in ihrer Summe zum Abschied von der Defizitwirtschaft führen sollen, deshalb nicht. «Es ist das einschneidendste Paket, das der Kanton in den letzten Jahren geschürt hat», sagte Beyeler. Wohlwissend, dass die eindruckliche Fleissleistung des Regierungsrates nun des politischen Willens des Grossen Rates bedarf. Ohne ein Parlament, das dem Ruf nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt handfeste Taten folgen lässt, geht es nicht.